

REFUGES



★ BRING YOUR FAMILIES ★

WELCOME

LINKS LU

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
160 · Ausgabe LU · Februar 2016

SP



Marlene Odermatt,
Kantonrätin, Adligenswil

«Ein absurdes Asylkarussell mit grossen Folgekosten müsste in Bewegung gesetzt werden.»

ABSTIMMUNG VOM 28. FEBRUAR: VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE BÜRGERNAHE ASYLPOLITIK»

Die SVP-Initiative löst keine Probleme – sie schafft neue

DIE HERAUSFORDERUNGEN IM ASYLBEREICH SIND BEKANNT. ES GIBT KEINE EINFACHEN LÖSUNGEN. DAS THEMA MUSS OFFEN DISKUTIERT UND PRAGMATISCH ANGEANGEN WERDEN. AUCH MIT DIESER KANTONALEN INITIATIVE VERSUCHT DIE SVP AUSZUBLENDEN, DASS HINTER DEN ZAHLEN MÄNNER, FRAUEN UND KINDER STEHEN.

Die Anliegen der Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» sind entweder mit erheblichem Mehraufwand verbunden oder nicht umsetzbar, verstossen gegen Bundesrecht oder sind bereits erfüllt.

Nicht nachvollziehbar ist z. B. die Ziffer 4b, die verlangt, dass nur anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene mehr als ein Jahr in einer Gemeinde bleiben dürfen. Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligungen müssten nach einem Jahr die Gemeinde wechseln. In der heutigen Realität sind die Verfahren innert dieser Frist oft nicht abgeschlossen. Der schon jetzt grosse Aufwand in der Planung der Unter-

bringung würde noch einmal gewaltig zunehmen. Ein absurdes Asylkarussell mit grossen Folgekosten müsste in Bewegung gesetzt werden.

Das weitere Ziel dieser Ziffer ist laut Initiativkomitee die Verhinderung der Integration. Auch dieses Anliegen ist unverständlich. Es muss unser aller Bestreben sein, gerade bei der momentan sehr hohen Schutzquote, gut und schnell zu integrieren. Fachpersonen warnen vor Parallelgesellschaften, sollten wir diese Hausaufgabe nicht genügend wahrnehmen.

Ziffer 5 fordert, dass sämtliche direkten und indirekten Kosten und Folgekosten vom Kanton (resp.

Bund) getragen werden. Bereits jetzt übernehmen Bund und Kanton die persönliche und wirtschaftliche Sozialhilfe für die ersten 10 Jahre. Sollten Gemeinden darüber hinaus besonders betroffen sein (z. B. Schulkosten für Kinder, Deutschunterricht usw.) werden diese Kosten schon heute über den soziodemografischen Lastenausgleich im Kanton abgerechnet.

Zu jeder der 5 Ziffern gibt es stichhaltige Gegenargumente. Eine davon wurde per Bundesgerichtsentscheid für ungültig erklärt. So dürfen Asylsuchende nicht in provisorischen Asylzentren oder, in Spezialfällen, in geschlossenen Lagern ausserhalb der Bauzonen untergebracht werden.

Mit dieser Abstimmung werden einmal mehr Ängste geschürt, wird zusätzlicher Aufwand verursacht und nichts dazu beigetragen, lösungs- und zukunftsorientierte Rezepte zu liefern.

Mr. Polizeisoftware tritt zurück

«Was, der Martin geht?», so die Schlagzeile des Online-Magazins Zentral Plus zum Rücktritt von Martin Kruppenacher aus dem Kantonsrat. Dies war auch die Reaktion der Kantonsrätinnen und Kantonsräte, als der Präsident den Rücktritt bekannt gab. Martin hatte die Fraktion, die den Entcheid sehr bedauert, vorinformiert. Wir haben jedoch Verständnis, dass die Dreifachbelastung durch die anspruchsvolle Tätigkeit beim VBS in Bern, die Arbeit im Kantonsrat in Luzern und als Familienvater in Willisau zu gross wurde.

Martin Kruppenacher trat am 13. September 2010 als Nachfolger von Hermann Morf als Mitglied der SP-Fraktion in den Rat ein. Von 2010 bis Juni 2015 war er Mitglied der Kommission Justiz und Sicherheit, seit September 2014 Ersatzmitglied der Aufsichts- und Kontrollkommission und seit Juni 2015 bis Ende Dezember 2015 Mitglied der Aufsichts- und Kontrollkommission sowie Ersatzmitglied der Redaktionskommission.

Martin war während seiner fünfjährigen Kantonsratszeit als einziges SP-Mitglied in der Kommission Justiz und Sicherheit. Dort war er zudem Mitglied im Richterwahlen- und im Beugungsausschuss. In dieser Zeit hatte Martin sämtliche Geschäfte alleine in der Kommission und im Kantonsrat zu vertreten: die Einführung des neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrechts (KESR), die Zusammenlegung von Verwaltungs- und Obergericht zum Kantonsgericht, die Ein-

führung des Hooligan-Konkordats, die Änderungen im Polizeigesetz, um nur ein paar der grossen Brocken zu nennen. Er verfasste zudem sämtliche Stellungnahmen zu Vernehmlassungen aus dem Justiz- und Sicherheitsbereich. Der zeitliche Aufwand war sehr gross und das Engagement von Martin in dieser Zeit enorm.

Als Einziger in der Fraktion mit einem Dokortitel überzeugte er immer wieder mit seinen messerscharfen und pointierten Analysen. Er fiel durch seine Sachkompetenz, seine ruhige Art und seinen Humor auf. Er schaffte es, bei ernsten politischen Diskussionen die Fraktion mit seinen satirischen Bemerkungen zum Lachen zu bringen. Auch im Kantonsrat spickte er seine Voten stets mit Wortspielereien und humorvollen Bemerkungen und schaffte es auch da immer wieder, den ganzen Kantonsrat in Heiterkeit zu versetzen. Wenn Martin sprach, so war es im Saal ruhig, man hörte ihm gerne zu. Definitiv «berühmt» wurde Martin, als er die Anfrage «Polizeisoftware betreffend Reduktion der Einbruchsdelikte» eingab und damit ein grosses Medienecho auslöste.

Lieber Martin, wir danken dir ganz herzlich für deine grosse Arbeit in der SP-Fraktion! Wir werden dich als waschechten Willisauer vermessen! Deine Nachfolgerin, die Dagmersellerin Sara Agner, haben wir gerne als jüngste Kantonsrätin aufgenommen. Wir wünschen dir alles Gute!

Ylfete Fanaj, SP-Fraktionschefin



Budgetabstimmung in Kriens

Bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre stimmt die Krienser Bevölkerung über ein Budget ab. Nach 2013, als das Budget im zweiten Anlauf vor dem Volk selbst mit einer Steuererhöhung von einem Zehntel auf 2.0 Einheiten Gnade fand, kommt nun das Budget 2016 vors Volk.

Mit der 4-Säulen-Strategie, die Grundlage für den Aufgaben- und Finanzplan 2013–17 ist, wurde eine Lösung für die andauernde Finanzknappheit aufgezeigt. Sie beruht auf folgenden Punkten:

- Ausgaben optimieren
- Einnahmen optimieren
- Investitionen/Desinvestitionen im Gleichgewicht
- Strukturelle Veränderungen realisieren

Zu dieser Strategie sagten alle Parteien ja und es wurde konsequent an diesem Kurs festgehalten. Die Strategie zeigte bald darauf schon Wirkung. Der Finanzplan gab in der Folge, trotz einem kurzen Rückschlag auf Grund der wegfallenden Liegenschaftssteuer zu

Hoffnungen Anlass. Die Verlustzahlen gingen langsam aber merklich zurück, so dass die Gemeinde im 2018 wie angekündigt wieder schwarze Zahlen zu schreiben hofft.

Die Parteien und die Bevölkerung sagten damals nicht nur ja zum Budget und zur Strategie, sondern bewilligten an der Urne mutig dringende Investitionen und stimmten auch dem von der SP unterstützten neuen und attraktiven Zentrum zu.

Alles gut, sollte man meinen. Leider nein. So wurde nun gegen das an der Novemberversammlung des Einwohnerrates bewilligte Budget von rechter Seite das Referendum ergriffen; es kommt in der Folge am 28. Februar zur Abstimmung. Eine Abstimmung, die es in sich hat. Würde das Budget an der Urne abgelehnt, hätte dies für die Bevölkerung verheerende Konsequenzen.

Das Budget abzulehnen und den Aufwandüberschuss – wie von der FDP und der SVP gefordert – um mehr als CHF 2,5 Mio. zu verringern, könnte für Kriens bedeuten, dass alle freiwilligen Beiträge der Gemeinde

an Vereine und Organisationen gestrichen werden. Hallenbad und Schwimmunterricht würden geschlossen beziehungsweise gestrichen. Weitere Renovationen und dringend nötige Sanierungen würden verschoben, Schulgelder und Klassengrössen würden steigen. Stellenabbau/Entlassungen in einer jetzt schon «magersüchtigen» Verwaltung und Stilllegung der Sonnenbergbahn wären die Folgen. Und zu guter Letzt würden im Kulturbereich und im öffentlichen Zusammenleben starke Einschränkungen spürbar.

Ist die Krienser Bevölkerung bereit, diese Einschränkungen hinzunehmen, nur weil die Rechte kalte Füsse bekommt gegenüber einer Strategie, der sie selber vor zwei Jahren zugestimmt hat?

Wie lange ist die Krienser Bevölkerung gewillt, sich wie eine Firma führen zu lassen, deren einziges Ziel die Gewinnoptimierung ist, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung?

Ich hoffe doch sehr: bis spätestens zu den nächsten Wahlen!

Raphael Spörri, Präsident SP Kriens

Nein zum Verkauf des Mattenhof-Areals

DIE STADT LUZERN WILL IHR GRUNDSTÜCK MATTENHOF II DEM ERSTBESTEN INVESTOR PRAKTISCH OHNE AUFLAGEN, DAFÜR ABER ZU EINEM ZU TIEFEN PREIS VERKAUFEN. DESHALB GILT ES AM 28. FEBRUAR DEN WEITEREN AUSVERKAUF VON ÖFFENTLICHEM LAND MIT EINEM NEIN AN DER URNE ZU STOPPEN.

In Luzern Süd entsteht in den kommenden zehn Jahren ein komplett neuer Stadtteil. Damit dies gelingt, wurde ein Entwicklungskonzept mit klaren Vorgaben bezüglich Wohnen und Verkehr definiert. Weder eine Sportarena noch ein Hochhaus sind in diesem Konzept erwähnt. Bei ersterbesten Gelegenheiten sollen nun qualitative Aspekte der Stadtentwicklung den Wünschen privater Investoren geopfert werden.

Die Stadt Luzern besitzt schon lange die beiden Grundstücke Mattenhof I und II. Leider hat sie selber nie eine Vorstellung davon entwickelt, was mit diesen Grundstücken geschehen soll. Auch hier: Der erste Investor mit einer fixfertigen Idee wird von der Stadt gerne bedient. Eigene Überlegungen, was sinnvoll und notwendig wäre auf den eigenen Grundstücken: leider Fehlanzeige.

Ob dereinst wirklich eine rentable Saalsporthalle eröffnet werden kann, ist heute leider noch sehr unsicher. Sicher ist jedoch, dass die geplante Überbauung nicht unseren Ideen entsprechen wird: Der entstehende Wohnraum wird weder gemeinnützig noch preisgünstig, noch besonders ökologisch sein.

Stück für Stück verkauft die Stadt ihre Grundstücke, statt ihren Einfluss auf die Stadtentwicklung aktiv wahrzunehmen. Bedient werden dabei die Interessen eines chinesischen Investors, der einen ordentlichen Gewinn einstreichen wird. Die Stadt würde ein weiteres Mal Boden und Einfluss verlieren. Wer diesen Prozess endlich stoppen will, sagt am 28. Februar Nein zum Verkauf des Grundstücks Mattenhof.

*Nico van der Heiden, Fraktionschef
Grossstadtrat*



Kein unnötiger Leistungsabbau auf Kosten unserer Kinder – NEIN zum Voranschlag 2016

AM 28. FEBRUAR WIRD IN DER STADT LUZERN ÜBER DEN VORANSCHLAG ABGESTIMMT. INSBESONDERE LEISTUNGSABBAU FÜR KINDER UND JUGENDLICHE STEHT ZUR DISKUSSION. DIESE AUSGABEN WOLLEN UND KÖNNEN WIR UNS LEISTEN!

Drohender Leistungsabbau – verantwortlich sind Bürgerliche

Die bürgerliche Mehrheit in Stadt und Kanton Luzern verfolgt seit Jahren eine desaströse Finanz- und Steuerpolitik. Unternehmen und Reichen werden Steuergeschenke gewährt, bezahlt werden diese durch uns alle. Die Stadt Luzern hat für 2016 ein 84 Punkte umfassendes Leistungsabbau-Paket geschnürt. Die SP hat im Parlament konstruktiv nach Kompromissen gesucht. Die Bemühungen waren aufgrund der ideologischen Sturheit der bürgerlichen Parteien leider nicht erfolgreich.

Budgetreferendum nötig – drei Massnahmen werden bekämpft

Zusammen mit weiteren 16 Organisationen aus den Bereichen Quartierkräfte, Jugend-

arbeit, Schule und Elternschaft, Asylwesen sowie aus Gewerkschaften und Parteien hat die SP das Referendum gegen das Budget 2016 ergriffen. Eingereicht wurde das Referendum mit der starken Anzahl von 1616 Unterschriften. Das breit abgestützte Referendumskomitee bekämpft die Abbaumassnahmen in den Bereichen Bildung und Quartierarbeit: Integrative Förderung (IF), Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Standort Quartierarbeit.

Verzicht auf Massnahmen finanziell problemlos möglich

Ein Verzicht auf diese drei Abbaumassnahmen ist problemlos möglich. Laut pessimistischen Prognosen des Stadtrates beträgt der Fehlbetrag in den kommenden Jahren jeweils knapp 10 Millionen Franken. Die vom Stadt-

rat vorgeschlagenen Massnahmen hingegen sehen einen Abbau im Umfang von 14 Millionen Franken vor. Der Stadtrat ist massiv über das Ziel hinausgeschossen, er will auf Vorrat bei unseren Kindern sparen.

NEIN zum Voranschlag 2016 – Hilf mit!

Es wird nicht einfach die Abstimmung vom 28. Februar 2016 zu gewinnen. Mit deinem Engagement wird es aber wahrscheinlicher, dass die Abbaumassnahmen bei Kindern und Jugendlichen verhindert werden können.

Engagiere dich und hilf mit beim Flyerverteilen, bei Standaktionen oder beim Leserbriefschreiben. Nimm mit uns Kontakt auf: info@sp-luzern.ch oder 041 311 05 85

Claudio Soldati, Präsident SP Stadt Luzern

Gegen ein Heiratsverbot und die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren



Corinne Imbach, SP Stadt Luzern, Präsidentin Queer Office Luzern

Die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ist eine Mogelpackung ersten Ranges: Angeblich soll die steuerliche Schlechterstellung von 80 000 bestverdienenden Paaren korrigiert werden. Aber auf wessen Kosten? Die CVP sagt nicht, wie das Steueraufkommen von ca. 2,3 Mrd. Franken anders eingebracht werden soll. Durch das einfache Volk etwa?

Die CVP-Initiative will zudem die Ehe abschliessend als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau festlegen. Eine solch explizite Definition in der Bundesverfassung bewirkt ein dauerhaftes Eheverbot für alle homo- und bisexuellen Menschen sowie Transmenschen in der Schweiz. LGBT-Menschen würden mit dem Verbot als Menschen zweiter Klasse abgestempelt! Egal, wie wichtig die Ehe für den Einzelnen ist, die Initiative stellt für die 500 000 LGBT-Menschen der Schweiz eine krasse Diskriminierung dar und muss dringend verhindert werden.

Unterstütze die Zentralschweizer LGBT-Vereine und -Organisationen im Kampf gegen die diskriminierende CVP-Initiative und setze dich für die Gleichstellung aller Menschen in der Schweiz ein.



BESUCHE UNS AN DER STANDAKTION BEIM BAHNHOFPLATZ IN LUZERN MIT MUSIK & INTERESSANTEN GÄSTEN AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

- Fr. 12.2. 12–20 Uhr u. a. mit **Lila Lisi & Michael Töngi**
- Sa. 13.2. 10–13 Uhr Programm in Arbeit
- Do. 18.2. 12–20 Uhr u. a. mit **Matteo Gisler**
- Fr. 19.2. 12–20 Uhr u. a. mit **Karin Steffen**

Programm-Infos und Zeiten auf www.queeroffice.ch.

FEIERE MIT UNS FÜR DIE GLEICHSTELLUNG AN DER SOLIPARTY «LIEBE IST LIEBE»

Sa. 13.2. Uferlos Luzern, ab 21 Uhr/ Eintritt 15.– mit DJ **Captain nZnZ (Mario Stübi)** + DJ **iPek (Berlin)**

www.gemeinsam-weiter.ch
www.facebook.com/gemeinsamweiter.ch

Die SP Mauensee wird gegründet

EINLADUNG ZUR GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG

Das Ziel der SP Kanton Luzern ist, dass die SP auf dem Land stärker wird und neue Sektionen gegründet werden können. Es freut uns, dass die erste Neugründung 2016 in Mauensee sein wird.

Freitag, 26. Februar 2016, 19.30 Uhr, Rössli Mauensee

- Urs Niffeler, Gemeindepräsident Mauensee, Grusswort aus der Gemeinde Mauensee
- Jolanda Achermann Sen, SP-Mitglied und Stadträtin, Sursee
- Ivo Egger, SP-Mitglied und Gemeinderat, Buchrain «Erfahrungen aus dem Gemeinde- und Stadtrat»
- Yvonne Zemp, Kantonsrätin SP «Auswirkungen der aktuellen Steuerstrategie des Kantons Luzern auf die Gemeinden»
- David Roth, SP-Kantonalpräsident, «Strategie der SP Kanton Luzern»

Anschliessend Apéro.

Eingeladen sind auch Mitglieder von anderen SP-Sektionen.

Fanny Nüssli, Gregor Metzler, Mario Gsell